

Protokoll 29.04.2026

Sitzungsleitung: Christoph Rosenbaum & Katharina Meixner
Protokoll: Moritz Jungeblodt
Ort: Saalbau Titusforum, Walter-Möller-Platz 2,
60439 Frankfurt am Main

Einladung: Per Mail und Post am 09.05.2025

Begrüßung

Die Kreismitgliederversammlung beginnt am 29.04.2026 um 18:45 Uhr im Saalbau Titusforum, Walter-Möller-Platz 2, 60439 Frankfurt am Main

Die Kreismitgliederversammlung wird begrüßt von Tara Moradi, der Sprecherin des Kreisverbandes Frankfurt.

1. Formalia

Als Sitzungsleitung wird vom Kreisvorstand Christoph Rosenbaum und Katharina Meixner vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag. Christoph Rosenbaum und Katharina Meixner übernehmen die Sitzungsleitung und begrüßen ebenfalls die Versammlung.

Es wird Moritz Jungeblodt für die Protokollführung vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag.

Es wird festgestellt, dass form- und fristgerecht per Mail und per Post am 9. Mai 2025 eingeladen wurde. Katharina Meixner stellt die Geschäftsordnung der KMV vor und erläutert die Redezeiten.

Es werden Feyyaz Çetiner und Apollonia Gabel vorgestellt, die auf der Mitgliederversammlung als Awareness-Ansprechperson fungieren.

1. 1. Beschluss der Tagesordnung

Katharina Meixner stellt die Tagesordnung für die Kreismitgliederversammlung vor. Es wurde ein Änderungsantrag zur Tagesordnung gestellt vom Kreisvorstand. Katharina Meixner fragt, ob es weitere Änderungswünsche gibt. Es wird keiner geäußert. Burkhard Schwetje stellt die



Änderung zur Tagesordnung vor. Die Tagesordnung wird abgestimmt. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

1.2 Beschluss des Protokolls vom 18.03.2026

Katharina Meixner fragt, ob es Anträge oder Widerspruch zum Protokoll vom 18.03.2026 gibt. Es wird keiner geäußert. Das Protokoll vom 18.3.2026 wird abgestimmt. Das Protokoll wird einstimmig mit wenigen Enthaltungen beschlossen.

2. Berichte

2.1 Bericht aus der Fraktion

Für die Fraktion halten Dimitrios Bakakis und Katharina Knacker einen Bericht.

2.2 Bericht aus dem Magistrat

Für die Magistratsgruppe hält Bastian Bergerhoff einen Bericht. Christian Marx stellt eine Frage.

2.3 Bericht der Sondierungskommission

Für die Sondierungskommission halten Tara Moradi und Bastian Bergerhoff einen Bericht.

3. Antrag: Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt

Christoph Rosenbaum teilt mit, dass ein Dringlichkeitsantrag gestellt wurde vom Kreisvorstand am 28.4. Die Dringlichkeit wird eingebracht von Burkhard Schwetje. Die Dringlichkeit wird abgestimmt. Die Kreismitgliedeversammlung stimmt einstimmig für die Dringlichkeit des Antrag des Kreisvorstandes „Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt.“

Burkhard Schwetje bringt den Antrag „Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt“ ein. An der offenen Debatte beteiligen sich in der Reihenfolge ihrer Nennung Marion Kneesch, Wolfgang Siefert, Paula Hübbe, Sebastian Popp, Naomi Chidolue, Tom Oettinger, Julia Eberz, und Wolfgang Strengmann-Kuhn. Hiernach folgt ein gesetzter Redebeitrag von Pia Troßbach. Danach beteiligen sich in der Reihenfolge ihrer Nennung Beatrix Baumann, Frank Rusko, Beate Huf, Thomas Schlimme, Tina Zapf-Rodriguez, Jakob Grohall, Petra Carmen Weber und Titus Dharmababu. Die offene Debatte endet mit einem gesetzten Redebeitrag von Elke Voitl.

Christoph Rosenbaum teilt mit das ein Änderungsantrag Ä1 von Ingo Stürmer gestellt wurde. Ingo Stürmer bringt den Änderungsantrag ein. Wolfgang Strengmann-Kuhn hält eine Gegenrede. Der Änderungsantrag Ä1 wird abgestimmt. Der Änderungsantrag Ä1 wird bei einigen Ja Stimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Christoph Rosenbaum teilt mit das ein Änderungsantrag Ä2 von Manuel Stock gestellt wurde. Manuel Stock bringt den Änderungsantrag ein. Tara Moradi hält eine Gegenrede. Der Änderungsantrag Ä2 wird abgestimmt. Der Änderungsantrag Ä2 wird bei einigen Ja Stimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt.



Christoph Rosenbaum teilt mit das ein Änderungsantrag Ä3 von David Vydra gestellt wurde. Christoph Rosenbaum teilt mit, dass der Kreisvorstand den Änderungsantrag übernimmt. Es gibt keine Gegenrede zu diesem Verfahrensvorschlag.

Christoph Rosenbaum teilt mit das ein Änderungsantrag Ä4 von Roman Sztyler gestellt wurde. Roman Sztyler bringt den Antrag ein. In seiner Einbringungsrede zieht er den Antrag zurück.

Der so geänderte Antrag wird abgestimmt. Der Antrag „Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt“ wird bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

4. Weitere Anträge

Christoph Rosenbaum teilt mit, dass ein Antrag „Wahlkampfunterstützung Ost“ gestellt wurde. Zu diesem Antrag hat Jürgen Heßler einen Änderungsantrag gestellt. Der Antragsteller Jürgen Heßler ist nicht anwesend. Kein anwesendes Mitglied möchte seinen Antrag einbringen. Die Gegenrede hält Desislava Zhecheva. Der Änderungsantrag Ä1 wird abgestimmt. Der Änderungsantrag Ä1 wird einstimmig bei wenigen Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag „Wahlkampfunterstützung Ost“ wird abgestimmt. Der Antrag wird bei wenigen Enthaltungen abgelehnt.

5. Berichte

Es werden keine weiteren Berichte gehalten.

6. Verschiedenes

Katharina Meixner bedankt sich bei den MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle und den Mitgliedern, die durch ihre Unterstützung die KMV möglich gemacht haben. Die KMV endet um 21:15 Uhr.

Anhang

Ä1 zu Tagesordnung

Antragsteller*innen

Kreisvorstand (Grüne Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 3 bis 6:

2. Berichte

~~2. Bericht der Sondierungskommission~~

2.1 Bericht aus der Fraktion

2.2 Bericht aus dem Magistrat

~~3. Beschluss des Vorschlags der Sondierungskommission~~

2.3 Bericht der Sondierungskommission

3. Antrag: Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt

4. Weitere Anträge

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1 zu Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt

Antragsteller*innen Ingo Stürmer (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 40 bis 45:

~~Die Kreismitgliederversammlung bestätigt, dass GRÜNE und Volt einer zukünftigen Stadtregierung gemeinsam angehören sollen.~~

Die Kreismitgliederversammlung dankt der Sondierungskommission für ihre Arbeit und vielfältigen Bemühungen für ein zukunfts- und arbeitsfähiges Bündnis. In Abwägung der verbleibenden Optionen erklärt Bündnis 90/DIE GRÜNEN seine Bereitschaft, zeitnah in Koalitionsgespräche mit CDU und SPD einzutreten.

~~Die Kreismitgliederversammlung beschließt, dass die Sondierungskommission aufgerufen ist, weiter an einer Übereinkunft mit Volt und anderen Partner*innen für Frankfurt zu arbeiten.~~ Falls es inhaltlich sinnvoll erscheint, kann die Sondierungskommission in Absprache mit der Fraktion Fachgruppen bilden, die die

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Anja Hansen (KV Frankfurt), Manuel Stock (KV Frankfurt), Jürgen Heßler (KV Frankfurt), Martina Weber (KV Frankfurt), Christian Marx (KV Frankfurt), Jenny Trefs (KV Frankfurt)

Ä2 zu Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt

Antragsteller*innen Manuel Stock (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 23 bis 26:

Die GRÜNEN sind mit bei der Kommunalwahl mit deutlichem Abstand zweitstärkste Kraft geworden. Wir wissen **auch**, dass wir nicht allein die Mehrheit der Stadtbevölkerung abbilden und **bleibensind** deshalb offen für Kompromisse mit den anderen demokratischen Parteien. Für uns messen sich Kompromisse auch an den Antworten

Von Zeile 40 bis 44 löschen:

~~Die Kreismitgliederversammlung bestätigt, dass GRÜNE und Volt einer zukünftigen Stadtregierung gemeinsam angehören sollen.~~

Die Kreismitgliederversammlung beschließt, dass die Sondierungskommission aufgerufen ist, weiter an einer Übereinkunft ~~mit Volt und anderen Partner*innen~~ für Frankfurt zu arbeiten. Falls es inhaltlich sinnvoll erscheint, kann die

Begründung

Nachdem Volt den stümperhaften Versuch der CDU, eine Deutschland-Koalition unter Einbeziehung von Volt zu bilden, beendet hat, betonte deren Vorsitzender Chris Pfaff in einem FAZ-Interview, dass es in diesem Zusammenhang „keine vorherige Absprache oder einen Pakt“ mit uns GRÜNEN gegeben habe. GRÜNE und Volt sind zwei unterschiedliche Parteien und bilden im Römer jeweils eine eigene Fraktion. In der Logik von Sondierungen und Koalitionsverhandlungen für ein Bündnis, in dem Volt nicht für eine Mehrheit benötigt würde, ginge ein „Huckepacknehmen“ von Volt zulasten grüner Inhalte und personeller Besetzungen. Anstatt sich mit Volt zu verbünden, sollten die GRÜNEN als zweitstärkste Kraft für möglichst viele grüne Inhalte und grünes Personal in den anstehenden Verhandlungen kämpfen. Hierfür wurden die GRÜNEN von den Wähler*innen gewählt.

Unterstützer*innen

Jürgen Heßler (KV Frankfurt), Jenny Trefs (KV Frankfurt)

Ä3 zu Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt

Antragsteller*innen David Vydra (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 12 bis 14:

wachsenden Stadt müssen wir für bezahlbaren Wohnraum sorgen und neben dem ~~Stadtteil der Quartiere~~ Neubau von Quartieren auch die Potentiale von Nachverdichtungen nutzen. Beim Schulbau müssen wir aus dem Reagieren auf Notfallsituationen herauskommen und

Von Zeile 27 bis 30:

auf die folgenden Fragen. Können wir zeigen, dass die Lebensqualität der Frankfurter*innen besser geworden ist? Können wir zeigen, dass das Projekte eine positive Kosten-Nutzen-Analyse ~~hat~~ haben? Können wir zeigen, dass der Kompromiss nicht nur für die nächsten fünf Jahre sinnvoll ist, sondern einen Weg in die Zukunft

Begründung

Der Stadtteil der Quartiere ist nur eine von vielen, wenn auch das größte Neubauprojekt. In einem generellen und sehr kurz gefassten Beschluss sollte daher nicht nur eine Maßnahme zentral im Mittelpunkt stehen

Ä4 zu Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt

Antragsteller*innen Roman Sztyler (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 40 bis 41 einfügen:

Die Kreismitgliederversammlung bestätigt, dass GRÜNE und Volt einer zukünftigen Stadtregierung gemeinsam angehören sollen, möglicherweise auch als Fraktionsgemeinschaft.

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1 zu Wahlkampfunterstützung Ost

Antragsteller*innen Jürgen Heßler (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 12 einfügen:

Es sollten schon Leute vor Ort für die Dienste gefunden werden. Ausserhalb Freiwillige zu suchen wäre der Notfall. Aber vielleicht braucht es einfach eines Anstoßes mit einer Finanzierung durch diesen Antrag und dann finden sich Menschen aus dem jeweiligen KV wenn auch weiter entfernt aber im Bundesland. Mein Angebot dort Dienst zu machen steht dennoch.

Nach Zeile 26 einfügen:

Anmerlung: Der Betrag über den abgestimmt werden soll steht unter Vorbehalt. Siehe Antragstext. Empfänger wäre auf jeden Fall ein KV der Grünen, der dann die Mietsache vertraglich regeln muss. Dem KV Frankfurt entstehen keine weiteren Zahlungen oder Verpflichtungen."

Wahlkampfunterstützung Ost

Antragsteller*in: Jürgen Heßler (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 4. Weitere Anträge
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

Antragstext

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 ich möchte Julia Frank (Vorstand LV Hessen) danken, dass sie die Initiative der
3 Patenschaften für die anstehenden Wahlen zu den Landesparlamenten in
4 Ostdeutschland eingebracht hat.

5 Die Kreisversammlung möge beschließen, in Abstimmung mit dem jeweiligen Landes-
6 / Kreisverband konkrete Unterstützung und Maßnahmen zu planen.

7 Das sind zum Beispiel Finanzhilfe bei der Schaffung von Strukturen auf dem Land
8 zu organisieren, wo es noch keine grünen Orts- bzw. Kreisverbände gibt.

9 Dies ist ein Antrag in Konzeptform und muss in der laufenden KMV ggf. ergänzt
10 werden.

11 1. Finanzhilfen zur Anmietung und Einrichtung rudimentärer BürgerInnen-Läden mit
12 wenig Fläche aber in zentralen Fußgängerzonen.

13 2. Dort sollen zunächst bundesweit angeworbene Ehrenamtliche Sprechstunden
14 anbieten. Die Öffnungszeiten könnten täglich die ganze Woche Mo - So sein.

15 3. Nach einer Pilotphase sollen anhand von statistischen (neutrale und anonyme)
16 Frequenzzählungen und Themen der Anfragen über Verstärkungen der Angebote durch
17 lokale Mitglieder der Grünen entschieden werden.

18 4. Neben der Entgegennahme von Fragen der BürgerInnen sollen Wahlprogramme,
19 Flyer etc ausgelegt werden.

20 5. Wichtig wären auch QR-Codes zu den örtlichen Kreisverbänden und
21 Mitgliedsanträgen.

22 6. Bei positiver Resonanz könnten sich interessierte BürgerInnen als
23 KandidatInnen zu den nächsten Kommunalwahlen auf offenen Listen melden.

24 Nach Beschluss der KMV Frankfurt muss dieses Angebot detailliert, geschärft und
25 mit einem ostdeutschen Kreisverband abgestimmt und schriftlich vereinbart werden
26 (Durchführung/Verantwortung, Kommunikation, Social Media etc.). Der KV Frankfurt
27 sollte als Anschubfinanzierung die Miete des Ladens und dessen Einrichtung bis
28 zur Landtagswahl übernehmen. Die Kostenübernahme soll im Beschluss unter den
29 Vorbehalt der Finanzierbarkeit des jeweiligen Vorhabens gestellt werden
30 (Finanzwärtin, Vorstand KV Frankfurt).

31 Der Antragsteller und eine, weitere noch zu bestimmende Person/n sollen als
32 Kommission des KMV die Zuarbeit gewählt werden.

Begründung

Der Antragsteller erkennt alternative unterstützende Massnahmen wie Spenden, Teilnahme an regulären Wahlkampfformaten im Rahmen der Patenschaft an. Diese sollen jedoch keinen Ersatz als entweder oder darstellen. Die Erfahrung zeigte z.B. in Thüringen, dass lokale Möglichkeiten bestehen und von den Mitgliedern begrüßt werden aber keine Ressourcen wie oben beschrieben vorhanden sind. Der Antragsteller (Jürgen Heßler) erklärt sich bereit für dieses Format 2 Tage pro Woche in ausgewählten Wochen z.B. in Sachsen-Anhalt ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen. Weitere Begründung und Einzelheiten mündlich. Um reichliche Unterstützung für diesen Antrag und konstruktive Änderungswünsche werbe ich. Dieser Antrag geht inhaltlich über bisherige Überlegungen hinaus. Es wäre ein Beitrag die Demokratie in Sachsen-Anhalt zu stärken.

A2 Tagesordnung

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 1.1. Beschluss der Tagesordnung

Antragstext

- 1 **1. Formalia**
- 2 **1.1. Beschluss der Tagesordnung**
- 3 **1.2. Beschluss des Protokolls 18.03.2026**
- 4 **2. Bericht der Sondierungskommission**
- 5 **3. Beschluss des Vorschlags der Sondierungskommission**
- 6 **4. Anträge**
- 7 **5. Berichte**
- 8 **6. Verschiedenes**

Begründung

Erfolgt Mündlich

A3 Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt

Antragsteller*in: Kreisvorstand (Grüne Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 3. Antrag: Gemeinsam für ein
zukunftsfähiges Frankfurt

Antragstext

1 Die GRÜNEN Frankfurt haben in den letzten Wochen ergebnisoffen mit allen
2 demokratischen Parteien gesprochen.

3 Unser Ziel war dabei im vertraulichen Rahmen Einigungsmöglichkeiten zu erkunden
4 und daran zu arbeiten, dass Frankfurt eine Stadtregierung erhält, die nicht
5 Stillstand verwaltet, sondern mutig gemeinsam Maßnahmen auf den Weg bringt.

6 Die Bürger*innen Frankfurts haben einen Anspruch auf eine Regierung, die die
7 Herausforderungen Frankfurts mit einem klar in die Zukunft gerichteten Blick
8 angeht: die Rezepte von gestern liefern keine Antworten für das heute und
9 morgen.

10 Der Kampf gegen den Klimawandel muss genauso eine Priorität bleiben wie die
11 Anpassungen unserer Stadt an den jetzt schon unvermeidlichen Klimawandel. In der
12 wachsenden Stadt müssen wir für bezahlbaren Wohnraum sorgen und neben dem
13 Stadtteil der Quartiere auch die Potentiale von Nachverdichtungen nutzen. Beim
14 Schulbau müssen wir aus dem Reagieren auf Notfallsituationen herauskommen und
15 die geplanten Sanierungen beschleunigen. Bei der Mobilität wollen wir, dass alle
16 ans Ziel kommen und wollen als Grüne natürlich vor allem den Umweltverbund aus
17 Fußverkehr, Fahrrad und ÖPNV stärken. Die Vision Zero, also das Ziel, dass es
18 keine Verkehrstoten in Frankfurt geben darf, soll unser Leitbild sein. Unsere
19 Stadtgesellschaft ist divers in vielen Dimensionen, das wollen wir fördern und
20 entwickeln. Das Frankfurt Immigration Office und das Welcome & Information
21 Center wollen wir zusammenlegen, damit Menschen effektiv in unserer Stadt
22 ankommen können. Gleichstellung und weibliche Selbstbestimmung, Schutz gegen
23 Gewalt sind zentral für uns.

24 Wir wissen auch, dass wir nicht allein die Mehrheit der Stadtbevölkerung
25 abbilden und bleiben deshalb offen für Kompromisse mit den anderen
26 demokratischen Parteien. Für uns messen sich Kompromisse auch an den Antworten
27 auf die folgenden Fragen. Können wir zeigen, dass die Lebensqualität der
28 Frankfurter*innen besser geworden ist? Können wir zeigen, dass das Projekt eine

29 positive Kosten-Nutzen-Analyse hat? Können wir zeigen, dass der Kompromiss nicht
30 nur für die nächsten fünf Jahre sinnvoll ist, sondern einen Weg in die Zukunft
31 weist?

32 Die Zeiten sind nicht einfach: nicht nur die Klimakrise ist unser ständiger
33 Begleiter, sondern auch die vielfältigen internationalen Krisen mit ihren
34 direkten Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. In
35 diesen Zeiten braucht Frankfurt keine Koalition des kleinsten gemeinsamen
36 Nenners, sondern ein starkes und vertrauensbasiertes Parteienbündnis, das
37 gemeinsam Zukunftsvisionen entwirft und auch bereit ist, zwischen
38 unterschiedlichen Projekten zu priorisieren und mutig gemeinsam Maßnahmen auf
39 den Weg bringt.

40 Die Kreismitgliederversammlung bestätigt, dass GRÜNE und Volt einer zukünftigen
41 Stadtregierung gemeinsam angehören sollen.

42 Die Kreismitgliederversammlung beschließt, dass die Sondierungskommission
43 aufgerufen ist, weiter an einer Übereinkunft mit Volt und anderen Partner*innen
44 für Frankfurt zu arbeiten. Falls es inhaltlich sinnvoll erscheint, kann die
45 Sondierungskommission in Absprache mit der Fraktion Fachgruppen bilden, die die
46 Sondierungskommission bei vertieften Verhandlungen unterstützt. Ziel ist eine
47 handlungsfähige Stadtregierung, die den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen
48 ist.

Begründung

Erfolgt mündlich

A4 Wahlkampfunterstützung Ost

Antragsteller*in: Jürgen Heßler (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 4. Weitere Anträge

Antragstext

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 die Kreisversammlung möge beschließen, in Abstimmung mit dem jeweiligen Landes-
3 / Kreisverband je ein KV in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konkrete
4 Unterstützung und Maßnahmen zu planen.

5 Das sind Finanzhilfen bei der Schaffung von Strukturen auf dem Land zu
6 organisieren, wo es noch keine grünen Orts- bzw. Kreisverbände bzw. keine
7 Mitglieder in kleinen Städten gibt.

8 1. Finanzhilfen zur zeitlich befristeten Anmietung und Einrichtung rudimentärer
9 BürgerInnen-Läden bzw. Popup-Läden oder Shop-in-Shop mit wenig Fläche aber in
10 zentralen Fußgängerzonen.

11 2. Dort sollen zunächst bundesweit angeworbene Ehrenamtliche Sprechstunden
12 anbieten. Die Öffnungszeiten könnten täglich die ganze Woche Mo - So sein.

13 3. Nach einer Pilotphase sollen anhand von statistischen (neutrale und anonyme)
14 Frequenzzählungen und Themen der Anfragen von Bürgern über Verstetigungen der
15 Angebote durch lokale Mitglieder der Grünen und lokale Finanzierung entschieden
16 werden.

17 4. Neben der Entgegennahme von Fragen der BürgerInnen sollen Wahlprogramme,
18 Flyer etc. ausgelegt werden.

19 5. Wichtig wären auch Mitgliedsanträge.

20 6. Bei positiver Resonanz könnten sich interessierte BürgerInnen als
21 KandidatInnen zu den nächsten Kommunalwahlen auf offenen Listen melden.

22 **Der KV Frankfurt sollte als Anschubfinanzierung die Miete des Ladens für 4**
23

24 **Monate, z.B. je 3000 EUR und dessen Einrichtung bis zur jeweiligen Landtagswahl**
25 **übernehmen.** Die Kostenübernahme durch den KV Frankfurt soll im Beschluss unter
26 den Vorbehalt der Finanzierbarkeit des jeweiligen Vorhabens gestellt werden
(Finanzwärtin, Vorstand KV Frankfurt).

27 Der Antragsteller und eine, weitere noch zu bestimmende Person/n sollen als
28 Kommission des KV für die Zuarbeit des Vorstands in der KMV gewählt werden
29 werden. Der Antragsteller und die gewählte Kommission werden weitere
30 Finanzierungsquellen im Auftrag des Vorstands recherchieren.

Begründung

Ich möchte Julia Frank (Vorstand LV Grüne Hessen) danken, dass sie die Initiative der Patenschaften für die anstehenden Wahlen zu den Landesparlamenten in Ostdeutschland bei der letzten LMV in Marburg eingebracht hat.

Nach dem Beschluss der KMV Frankfurt muss dieses Angebot detailliert, geschärft und mit ostdeutschen Kreisverbänden in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern als nächste Bundesländer, in denen Landtagswahlen stattfinden, abgestimmt und schriftlich vereinbart werden (Durchführung/Verantwortung, Kommunikation, Social Media etc. auch seitens Frankfurt).

Der Antragsteller erkennt alternative unterstützende Massnahmen wie Spenden, Teilnahme an regulären Wahlkampfformaten im Rahmen der Patenschaft an. Diese sollen jedoch keinen Ersatz als entweder oder darstellen. Die Erfahrung zeigte z.B. in Thüringen, dass lokale Möglichkeiten bestehen und von den Mitgliedern begrüßt werden aber keine Ressourcen wie oben beschrieben vorhanden sind. Der Antragsteller (Jürgen Heßler) erklärt sich bereit für dieses Format 2 Tage pro Woche in ausgewählten Wochen z.B. in Sachsen-Anhalt ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen. Weitere Begründung und Einzelheiten mündlich.

Um reichlich Unterstützung für diesen Antrag und konstruktive Änderungswünsche werbe ich. Dieser Antrag geht inhaltlich über bisherige Überlegungen hinaus. Es wäre ein Beitrag die Demokratie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu stärken.